

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Seiten-Blatt eröffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Postfach 100; Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 623-52.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags

Postfach 100; Frankfurt a. M. Nr. 7105.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne
Freiporto; durch die Post bezogen: M. 4.50 monatlich, M. 13.50 vierteljährlich, mit Frei-
porto. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Be-
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Örtliche Anzeigen M. 1.50, auswärtige Anzeigen M. 1.80, ferliche Anzeigen M. 2.00, auswärtige Anzeigen M. 2.50, für die einmalige Kolonialzeitung oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entziffernder Nachschlag. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr abgenommen. — Anzeigen, die nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen eintreffen, werden nicht berücksichtigt.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin NW. 40, Fürst Bismarckstraße 2. Fernsprecher: Amt Haus 1371-1373.

Mittwoch, 9. März 1921.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 113. • 69. Jahrgang.

Ein Vorschlag.

Von Arnold Reibers.

Die nachfolgende Anregung des bekannten Großindustriellen und Politikers beschäftigt zurzeit die führenden deutschen Industriekreise. Der Vorschlag ist großzügig und kühn und wir geben ihn unseren Lesern zur Kenntnis, obwohl wir uns die schweren Bedenken, die dagegen sprechen, nicht verhehlen.

Auf welchen Wegen die Entente auch immer ihre Forderungen von Deutschland einzutreiben gedenkt, immer wird es nur der Ertrag der deutschen Arbeit sein, der sie entschädigen kann. Sie wird um so besser dabei fahren, wenn sie uns für unsere Arbeit die denkbar freiesten Formen der Entfaltung läßt. Das schließt nicht aus, daß ihr zu gleicher Zeit die größtmöglichen Sicherheiten gegeben werden. Eine Form, die beides vereint (Freiheit der deutschen Arbeit, Garantien für die Entente) wäre die folgende: Frankreich und England werden direkt an der deutschen Industrie beteiligt. Die Beteiligung selbst muß einen erheblichen Anteil ausmachen, um einigermaßen den diskutierbaren Ententeleistungen zu entsprechen. Ich denke mir folgenden Weg: Die Regierungen von Frankreich und England übernehmen als Kriegsschadungsbeteiligung an der deutschen Industrie bis zu einem Drittel des in ihr investierten Kapitals. Das würde gewiß ein außerordentlich gewaltiges Opfer der deutschen Wirtschaft sein — aber ein Opfer, mit dem sowohl uns als auch der Entente gedient wäre. Voraussetzung wäre, daß Frankreich und England im eigenen Interesse auf anderweitige Entschädigungsleistungen sowie auf das Steuerkraft des Landes verzichtende Befähigungsrecht verzichten. Damit wäre ein ungeheurer Druck von unserem nationalen und wirtschaftlichen Leben genommen. Die Befreiung von diesem Druck wäre alle Opfer wert, die wir dafür bringen könnten. Es scheint durchaus vorteilhaft für die deutschen Industriellen, wenn sie bis zu einem Drittel ihres Industriebesitzes an die französische und englische Industrie abgeben, um dafür die unbeschränkte Rohstoffzufuhr und den völlig ungehinderten Zugang zum Weltmarkt einzutauschen, welche beiden Vorteile ihnen die Ententeleistungen dann im Interesse der Ententeindustrien selbst zugestehen müssen. Es darf nicht vergessen werden, daß gegenwärtig die deutsche Industrie von der Entente mit Gewalt lahmgelegt werden könnte. Bis die sich daraus für die Ententeoffen ergebenden Nachteile klar zutage treten, würden Schäden entstehen, welche kaum wieder gutzumachen wären. Wenn daher die Industrien von Frankreich und England mit einem Drittel an der deutschen Industrie beteiligt würden, so müßten dadurch die den deutschen Industriellen verbleibenden zwei Drittel ihres Industriebesitzes einen höheren Wert erhalten als ihr derzeitiger Gesamtwert.

Für die Entente hat der Vorschlag dieses Gefährliche: Die Regierungen von Frankreich und England müßten als einzige deutsche Kriegsschadungsbeteiligung Ein-Drittel-Beteiligungen an allen ihnen namhaft gemachten deutschen Industriewerten übernehmen. Die deutsche Regierung stellt den Regierungen von Frankreich und England diese deutschen Industriewerte zur Verfügung, nachdem sie durch ein besonderes Entschädigungsgesetz deren Besitz erworben hat. Dabei kann die Bedingung festgelegt werden, daß die deutschen Industriellen Werte, von denen ein Drittel ihres Kapitals an die französische und englische Regierung übergeleitet wird, bei jeder Kapitalerhöhung den beiden Entente-regierungen ein Drittel des neuen Kapitals anzubieten haben. Die Regierungen von Frankreich und England verteilen dann die ihnen zugewiesenen deutschen Industriebeteiligungen unter sich im Verhältnis ihrer Forderungen an Deutschland. Darauf verlaufen die französische und die englische Regierung die ihnen zufließenden deutschen Beteiligungen an die Industrien ihrer Länder und führen den Ertrag dieser Verkäufe ihren Staatskassen zu.

Es kann rechnerisch nachgewiesen werden, daß eine solche Regelung für Frankreich und England vorteilhafter wäre als die von den Regierungen beider Länder in Paris formulierten Forderungen. Die in Paris aufgestellten Wiedergutmachungsforderungen verlangen von Deutschland Zahlungen während 42 Jahren mit einer höchsten Annuität von 6 Milliarden Goldmark. Das ist eine Leistung, welche Deutschland unmöglich aufbringen kann. Vor dem Weltkrieg hat die gesamte deutsche Industrie, allerdings einschließlich der in Esch-Lothringen gelegenen Werke, einen Ertrag von etwa 9 Milliarden Goldmark eingebracht. Die Beteiligung mit einem Drittel an dem Ertrag der deutschen Industrie würde daher den Ententeindustrien etwa drei Milliarden Goldmark im Jahre bringen, wenn die deut-

sche Industrie durch Unterstützung von Frankreich und England wieder auf den Vorkriegsstand gebracht werden könnte. Eine Summe von 3 Milliarden Goldmark im Jahre würde also die Hälfte der von der Entente selbst geforderten höchsten Annuität sein. Diese Summe würde allerdings nicht den Regierungen von Frankreich und England selbst, sondern der französischen und der englischen Industrie zufließen. Sie würde aber dadurch in beiden Ländern in Umlauf gesetzt und außerdem von den Regierungen von Frankreich und England steuerlich erfasst werden. Es kommt hinzu, daß durch die jedesmalige Zahlung einer Annuität von Deutschland an die Regierungen von Frankreich und England eine einmalige Forderung abgegolten wäre, während ein Ertrag von 3 Milliarden Goldmark aus Beteiligungen an der deutschen Industrie das jährliche Einkommen aus einem auf die Dauer arbeitenden Kapital wäre. Endlich darf nicht vergessen werden, daß sowohl das französische als auch das englische Kolonialreich außerordentliche Abzugsmöglichkeiten in der wiedererstarrenden deutschen Industrie finden würden. Auch über die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten der Entente-regierungen würde ein solches Abkommen hinausweisen, weil der Verkauf der deutschen Industriebeteiligungen den Staatskassen von Frankreich und England sofort viel höhere Summen zuführen würde, als sie selbst in den nächsten Jahren von Deutschland als Entschädigungszahlungen erwartet haben.

Die neuen Befestigungen.

M. Paris, 8. März. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird die Befestigung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf von 10 Bataillonen ausgeführt. Im Kriegsministerium wird erklärt, daß die Befestigung von belagerten, englischen und französischen Truppen ausgeführt wird.

Pariser Pressestimmen.

M. Paris, 8. März. Der Abbruch der Verhandlungen wird von der Pariser Presse fast ausschließlich gebilligt. — Vertinart sagt im „Echo de Paris“, endlich habe sich der Bruch zwischen den Verbündeten und Deutschland vollzogen. Die am Samstag begangene Unvorsichtigkeit, die in zweideutige Verhandlungen eintrat, habe keine Folgen gehabt, wenigstens müsse man das hoffen. Vertinart hat nämlich gewisse Bedenken. Er sagt, heute nacht habe man erzählt, daß nach der letzten Sitzung zwischen Dr. Simons und dem Chef der Verbündeten, Lord George, eine Unterredung stattgefunden habe. Allerdings müßte die Rede, die Lord George im Unterhaus gehalten habe und die den Einzug der verbündeten Truppen in Duisburg für heute vormittag ankündigte, beruhigen. Frankreich dürfe sich nicht von seinem Wege abbringen lassen und müsse schnellstens zur Vorgehensweise der Zollernnahmen und zur Errichtung einer Zollbarriere am Rhein übergehen. Man könne mit dem deutschen Volk verhandeln, aber nur noch brechen, wenn man die Pläne in Händen habe. Vertinart sagt dann weiter, es schwebten auch Gerüchte, die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen würden nicht sofort in Kraft treten.

Der „Matin“ sagt, die Deutschen behielten natürlich das Recht, in jedem Augenblick Vorschläge zu machen, die von den verbündeten Sachverständigen geprüft würden. Aber jetzt hätten sie ein bestimmtes Mandat und müßten, was sie anzunehmen und abzulehnen hätten.

Der „Petit Parisien“ sagt, Lord George habe in den letzten Tagen die arduen Anstrengungen gemacht, um den Bruch mit den Deutschen zu vermeiden. Man würde ihn nicht tun, wenn man glaube, er sei von dem Bruch befreit, aber trotzdem habe er keinen Augenblick geschwankt, sein Wort zu halten.

Der „Figaro“ sagt, er sei sehr glücklich gewesen, daß die Deutschen sich entschlossen hätten, die Verhandlungen von London abzugeben. Dadurch hätten sie angelastet der ganzen Welt das Einverständnis gemacht, daß sie für ihr Vergehen nicht büßen wollten.

M. Paris, 8. März. (Drahtbericht.) „Petit Journal“ schreibt über das Ergebnis der Londoner Konferenz, die Alliierten hätten neue Pläne in Händen. Frankreich befinde sich in der besten Lage. Es könne abwarten, bis die Deutschen sich entschlossen, das auszuführen, was sie auszusagen gewußt hätten, wenn ihre Armeen hierher geworfen wären.

„Le Nouveau“ spricht von der Intransigenz der deutschen Delegation. Es sei nicht unmöglich, daß das schwache Ministerium Febrinbach kürzen werde. Schließlich erklärt das Blatt, wenn morgen das deutsche Volk einleiche, was es dadurch geschaffen habe, daß es die Forderungen akzeptieren verworfen habe und wenn es moralische und materielle Garantien dafür geben werde, auf die Frankreich und die Verbündeten nicht verzichten könnten, würde es mit ihnen, den wahren und wirklichen Weltfrieden zu führen und an seinem eigenen Wiederaufbau arbeiten.

Das landwirtschaftliche Blatt „Le Peuple“ sagt: Gerah ist das nicht der Krieg, aber es ist die Gewaltandrohung. Seit fünf Jahren hat man den Völkern versprochen, daß dies der letzte Krieg gewesen sei und schließlich, als die Stunde gekommen war, den Frieden auszurufen, was hat man den Völkern dann gesagt? Bewußt, der Friede ist kein Meisterwerk, aber es ist wenigstens der Friede. Nie war der Friede nötiger als gerade jetzt, und nunmehr ist es zum Bruch gekommen.

Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit den Alliierten.

M. London, 7. März. (Havas.) Dem Daily Telegraph wird aus Washington gemeldet: Die Regierung des Präsidenten Harding wird noch im Laufe des Monats Unterhandlungen beginnen, um zu einem Abkommen zwischen der Vereinigten Staaten und den Alliierten zu gelangen.

Dr. Simons' Rede.

M. London, 8. März. Die Rede des Reichsministers des Innern Dr. Simons in der gestrigen Sitzung der Vorkonferenz lautet wörtlich: Herr Präsident! Meine Herren! Der britische Herr Premierminister hat zum Schluss seiner Rede vom vorigen Donnerstag im Namen der verbündeten Regierungen erklärt, daß vom heutigen Tage ab gewisse Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland eine Erklärung abgeben, daß es bereit sei, entweder die Pariser Entschädigungsansprüche, oder Vorschläge zu unterbreiten, die auf anderem Wege, aber auf eine gleich befriedigende Weise wie die Pariser Vorschläge, angäben, daß es seine Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles erfüllte. Gestatten Sie mir zunächst, den Stand der Verhandlungen zu skizzieren. Unter Gegenangebot vom 1. März ist zurückgewiesen und nicht für würdig erklärt worden, den Ausgangspunkt weiter erörtern zu können. Auf der anderen Seite sind wir aus den Ihnen vorgetragenen Gründen außerstande, die Pariser Beschlüsse vom 20. Januar 1921 anzunehmen. Bei dem weitgehenden Unterschied der Auffassungen beider Teile sind die Schwierigkeiten einer vollkommenen Lösung der Probleme der Reparation im Augenblick so groß, daß wir nachgedungen darauf verzichten müssen. Ihnen heute einen neuen Plan für die Gesamtentschädigung vorzulegen. Trotz schwerwiegender Bedenken haben wir uns daher entschlossen, auf den Gedanken einer vorläufigen Regelung zurückzugreifen. Ich erinnere daran, daß die Sachverständigen der Alliierten einstimmig ihren Regierungen empfohlen hatten, auf der Pariser Konferenz die deutsche Entschädigungssumme nur für fünf Jahre vorzuschlagen, da, wie sie in langen gründlichen Arbeiten die Überzeugung gewonnen hatten, die gewaltige Aufgabe nicht schnell zu lösen sei. Ich erinnere ferner daran, daß auch einige der alliierten Regierungen unmittelbar vor den Pariser Beschlüssen die Möglichkeit einer sofortigen Erfüllung der Gesamtentschädigung Deutschlands entschieden verneint hatten und ein Provisorium von drei bis fünf Jahren in Aussicht stellten. Um zu beweisen, daß wir uns den Forderungen der Alliierten, so weit als nur irgend möglich, anzuschließen bereit sind, sowohl die für die ersten fünf Jahre verlangten Zahlen zu übernehmen, als auch ein vollständiges Äquivalent für die verbleibende, aber von uns nicht für praktisch gehaltene Auszahlung zu erwählen. Wir sind uns bewußt, daß diese gewaltigen Zahlungen nur dann möglich sind, wenn ein großer Teil davon im Wege der Anleihe begeben werden kann. Wir würden aber einen solchen Vorschlag nur unterbreiten, wenn er Aussicht hat, von den Alliierten berücksichtigt zu werden. Wir können den Vorschlag nur für den Fall machen, daß die Oberbefehlshaber auf Grund der Abstimmung der Alliierten zustimmen, und daß die aus auferlegten Beschränkungen im Weltmarkt fallen. Beides wäre nötig, damit Deutschland in der Lage sei, die hohen Zahlungen zu leisten. Die Entscheidung darüber, ob wir Ihnen heute einen detaillierten Vorschlag vorlegen sollen, ist ganz in Ihrer Hand. Falls Sie darauf einsehen, so würden wir unter Ihres tun, um gemeinsam mit Ihren Sachverständigen die Einzelheiten des Vorschlags auszuarbeiten, und dann sobald wie möglich den Gesamtsplan der Entschädigung für die Dauer von 30 Jahren aufzustellen. Sollten Sie trotz meiner Ausführungen darauf bestehen, daß wir Ihnen unverzüglich einen festen Gesamtanschlag machen, so müßte ich um eine Woche Frist bitten, um die Angelegenheit vollständig mit dem Kabinett in Berlin zu beraten. Und nun darf ich bitten, mir noch für einige Zeit Gehör zu schenken, damit ich auf die Ausführungen antworten kann, mit denen der Herr Präsident den Konferenzbeschluss der Verbündeten begründet hatte; denn ich halte es für außerordentlich wichtig, daß in diesen entscheidenden Stunden zwischen den verbündeten Regierungen und der deutschen Regierung kein Mißverständnis bestehen bleibt. (Fortsetzung folgt.)

Berufung der Völkervertreter in Paris, London und Brüssel nach Berlin.

M. Berlin, 8. März. Die deutschen Völkervertreter in London und Paris und der deutsche Gesandte in Brüssel sind nach Berlin berufen worden.

„Pfänder“.

M. Paris, 8. März. Wie der „Temps“ meldet, soll die Reparationskommission ohne Bezug die Nachnahmen prüfen, die ergriffen werden sollen, um die Bezahlung der 12 Milliarden Goldmark zu erlangen, die vor dem 1. Mai auf Grund von Artikel 235 als Rest der vor dem 1. Mai zu entrichtenden Gesamtsumme von Deutschland geschuldet werden müßte. In seinem Leitartikel von gestern Abend sagt der „Temps“, wenn man die Haltung der deutschen Delegation in der vorhergehenden Sitzung (gestern vormittag) beurteilt, so erhebe man daraus, daß die Deutschen keine Abänderung wollten. Die Deutschen lehnten die beiden einzigen Garantien, die das Abkommen vom 29. Februar enthielt, ab, nämlich die eventuelle Vorgehensweise aller Zollnahmen und das Verbot, daß Deutschland im Ausland ohne Genehmigung Anleihen aufnehmen könne. Die ersten fünf Jahre wollten die Deutschen die vorgeschlagenen Zahlungen leisten, später aber wollten sie den Betrag der feststehenden Annuitäten vermeiden. Die Politik des Deutschen Reiches bewahre also ihre charakteristischen Züge, die Alliierten zu verhindern, irgendein wertvolles Band in der Hand zu haben, und keine bestimmten Verpflichtungen zu übernehmen. Deutschland wolle mit Hilfe von Oberbefehlshabern, Gerichten und Fabriken behalten, die mittels von den französischen Kanonen liegen, um den Krieg wieder anzufangen. So lange Deutschland diesen Weg gehe, werde es zwischen ihm und den Alliierten einen Widerstand, den kein freundschaftliches Übereinkommen überwinden könne. Deutschland wolle nicht zahlen und die Forderungen vorbereiten. Die Alliierten wollten die Bezahlung der Reparationen und die Aufrechterhaltung des Friedens. Das Blatt schließt mit dem Ausdrucks „Pfänder“.

Unsere Eisenbahnen.

Von Dr. Baumbach, M. d. R.

Der Eisenbahnbetrieb, der infolge des Krieges nach jeder Richtung tief gesunken war, beginnt sich wieder zu heben. Im Personenzugverkehr betragen die jetzigen Leistungen 53 bis 55 Prozent, im Güterzugverkehr sogar schon 63 Prozent der Leistungen vor dem Krieg. Die Gesamtverkehrsleistungen stellten sich 1920 um 25 Prozent höher als 1919 und nur noch um 25 Prozent niedriger als 1913. In den Betriebswerkstätten ist die Friedensleistung wieder erreicht. Die Zahl der die Werkstätten verlassenden Lokomotiven bleibt nur um 10 Prozent hinter dem Friedensstand zurück, und zwar lediglich deshalb, weil die Reparaturarbeiten zahl- und umfangreicher als vordem sind. Ebenso hat sich die Disziplin in dem gewaltigen Beamtenkörper verbessert; man weiß wieder, daß bei aller Mitwirkung von Beamtenauschüssen schließlich nur ein einziger Wille, eine einzige Befehlsgewalt herrschen darf. Auch die Entschädigungssummen für Verlust und Beschädigung von Gütern scheinen mit 336 Millionen im Jahre 1919 ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

Die größte Sorge des Ministers Groener, und mit ihm des Haushaltsausschusses ist jetzt die finanzielle Gefährdung unseres Eisenbahnwesens. Von dem Fehlbetrag von 16 382 Millionen, den der Etat für 1920 aufweist, müssen wir herunterkommen. Zu diesem Zweck sind die Gütertariife am 1. Dezember 1920 umgestaltet, d. h. erhöht worden, ohne daß der Güterverkehr deshalb nachgelassen hätte. Eine weitere Tarifsteigerung erwies sich als unabwendbar. Die Frage blieb nur, welche Prozentsätze dafür einzufordern waren, ob 100, ob 75 oder 65 Prozent. Der Ausschuss der Verkehrsinteressenten hat eine Erhöhung für die einzelnen Klassen von 85, für Stückgut bis 50 Prozent, für Klasse E im Durchschnitt 65 Prozent zugelassen und der Haushaltsausschuss schloß sich diesem Vorschlag an, begrenzte die Gültigkeit aber auf das Finanzjahr 1921. Für die spätere Tarifgestaltung soll ein Mitwirkungsrecht des Reichstags im Eisenbahnfinanzgesetz festgelegt werden. Der Mehrertrag wird auf 9 Milliarden Mark im Jahr geschätzt.

Aus dem Personenverkehr will die Verwaltung ein Jahresmehr von 1 Milliarde herausziehen und erhöht deshalb vom 1. Juni ab die Fahrpreise ganz beträchtlich. Die dann noch verbleibenden Fehlbeträge sollen allmählich durch Beschränkung der Ausgaben gedeckt werden. Steuermittel dafür heranzuziehen, widerspricht nicht nur dem Wesen einer wirtschaftlichen Unternehmung, sondern auch den Vorschriften der Verfassung, die dahin gehen, daß der Eisenbahnbetrieb sich selbst zu tragen habe.

Eine der Möglichkeiten zu Ersparnissen liegt in der verständigeren Anwendung des Achstundentages. Man muß wieder unterscheiden lernen zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsbereitschaft und die Dienstzeit nach der Kraftanstrengung bemessen. So wie der Arbeitsachstundentag im Eisenbahnbetrieb eingeführt wurde, erforderte er einen Personalmehrbedarf von etwa 30 Prozent, d. h. von der Gesamtpopulation des Betriebspersonals im Rechnungsjahr 1920 nicht weniger als 240 000 Köpfe mit einem Kostenbetrag von etwa fünf Milliarden. Hier muß abgebaut werden, selbstverständlich ohne zum anderen Extrem, zu einer Überlastung zu gelangen. Als überschüssig bezeichnet Minister Gröner etwa 100 000 Arbeitskräfte. Diese läßt er, wenn auch im einzelnen allmählich ab. Die Arbeitskräfte der Abgelaufenen spannt er stärker an, und setzt dabei ein Entgegenkommen der Beamtenschaft voraus, die wie jeder Mann im Falle davon überzeugt ist, daß nur erhöhte Arbeitsleistung uns noch retten kann.

Eine Abschaffung der 1. Klasse verbietet sich mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr. Das Fahrge-

für sie stellt sich allerdings sehr hoch: 59,5 Pf. für jedes Kilometer gegen 13 Pf. für die 4. Klasse und 19,5 Pf. für die 3. Klasse. Der internationale Zugverkehr wird immer weiter ausgebaut und eine schnellere Zugfolge im Binnenverkehr angestrebt. Der Gedanke, Schlafwagen 3. Klasse einzuführen, ist nicht aufgegeben, nur wird man freilich auf einen verhältnismäßig hohen Fahrpreis rechnen müssen.

Die Personalreform ist so gedacht, daß die Verantwortung, soweit irgend möglich, von der Zentralstelle weg zu den mittleren und unteren Instanzen verlegt wird. Man will dadurch das Schreibwerk vermindern und an den nachgeordneten Stellen eine Verantwortungsfähigkeit und einen Verantwortungsmut schaffen, der nur nützlich wirken kann. Verwirklichen sich diese Pläne, so ist ein weiterer Aufstieg zu erhoffen.

Deutsche Gewehre für Polen.

Dr. Berlin, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir erfahren, machen sich in Danzig Bestrebungen bemerkbar, die darauf hinauslaufen, die ehemaligen deutschen Waffenfabriken in Danzig zur Lieferung für Polen zu verpflichten. Nach der Abtretung von Danzig haben die dortigen Waffenfabriken, um die Arbeiter zu beschäftigen, noch monatliche Arbeitslosenunterstützung bereitgestellt, von denen ein nicht unerheblicher Teil durch Mittelspersonen in den Besitz von Privatpersonen gekommen ist, die mit den deutschen Militärwaffen einen umfangreichen Handel treiben. Offiziell wurden die Infanteriegewehre als Jagdwaffen verkauft und sind zum größten Teil nach Polen gegangen.

Zusammenstoß in Beuthen.

W. T. B. Beuthen, 7. März. In einer Versammlung der obersten Parteiführer im Konzerthaus kam es zu Tumulten und Unruhen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt. Eine französische Truppenabteilung lösbarte die Straßen. Gegen Abend fanden am Schützenplatz neue Zusammenstöße statt, die einen blutigen Ausgang nahmen. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Eine Abteilung Franzosen stellte die Ruhe wieder her. Sämtliche Gaststätten mußten auf Veranlassung der internationalen Behörden die Lokale schon um 9 Uhr abends schließen.

Rückkehr General Le Ronds nach Opatowitz.

W. T. B. Opatowitz, 7. März. General Le Rond ist am Samstag hierher zurückgekehrt und hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Die Ernennung der neuen Kardinäle.

M. Rom, 7. März. (Savas.) Der Papst hielt ein geheimes Konklave ab, wobei er die Ernennung der neuen Kardinäle bekannt gab, nämlich des Kardinäls in Madrid sowie der Erzbischöfe von München, Köln, Philadelphia, Zaragoza und Burgos. Der Papst ernannte auch einige Bischöfe.

Reise Dorianis nach Amerika.

M. Paris, 7. März. (Savas.) Die französische Regierung wird in bester Eile nach Washington entsenden, um den Vereinigten Staaten die Wünsche Frankreichs anlässlich des Regierungsantritts des Präsidenten Harding zu übermitteln. Dieser Besuch wird, wie Savas hinzusetzt, die Freundschaft des französischen Volkes für die Schwärzung von neuem beweisen, die an den kritischen Stunden des großen Krieges die beiden Überlieferungen, die zwischen den beiden Staaten während der heroischen Zeit des Freiheitskampfes begannen, fortsetzte.

Die Tschschei mobilisiert?

B. Prag, 5. März. Wie die „Károlyi List“ mitteilen, hat der Tschschei Senator Herrsch in einer Versammlung in einem Borsort gesagt, in der er die politische Lage besprach, erklärt, die auswärtige Lage werde die Tschschei-Slowakei zwingen, etwa 400 000 Mann zu mobilisieren. 1921 sei das kritischste aller Nachkriegsjahre.

Bombardement von Petersburg.

M. Helsingfors, 8. März. Laut einer Meldung aus Viborg hat Kronstadt am Montagmorgen 4 Uhr angefangen, Petersburg zu bombardieren. Aufsehend ist die schwedische Artillerie der Festung in Aktion.

Ein Russlandsversuch in Sibirien.

M. Kiew, 8. März. Nach den hier vorliegenden Meldungen der Sowjetregierung versuchen die Bolschewiki und Sozialrevolutionäre einen Aufstand in Sibirien hervorzurufen. Die außerordentliche Kommission in Tiumen befehligt alle Gefangenen der Aufständischen mit Erschießen und hofft, den Unruhen ein Ende zu bereiten.

Komtesse würde und dann von oben herab Rolf Merckhungen mit ihrer Hand beglückte.

Nun sah sie wohl, wieviel dagegen sprach. Der Graf wünschte für seinen Teil ebenfalls eine Entschädigung als sie.

Wenn aber die Wahrheit verborgen bleiben sollte, dann war in der Tat der Wunsch einer Adoption nicht stichhaltig zu begründen.

In, und allerdings, was hätten Seglers dazu gesagt! Mit diesen mußte man natürlich auch rechnen, und Jenni konnte sich wohl denken, daß sie nicht geneigt wären, ihre Rechte auf Marie abzutreten.

Der Professor würde sich also damit begnügen müssen, wenn Seglers Marie endlich glücklich adoptierten. Das würde wohl leicht zu erzielen sein.

Jenni war unbedingt für eine Heirat Marias mit Rolf. „Wenn Marie Frau v. Merckhungen wird“, sagte sie, „lebt sie doch in größerer Nähe von Ihnen. Sie wissen, wie sie ist, und können sie zuweilen sehen, sie im Auge behalten. Oder wäre Ihnen doch lieber, Sie wählten nichts?“

„Nein, gnädige Frau. Trotz meiner peinlichen Erbschütterung durch all das Angehörte bin ich Ihnen doch dankbar für alle Ihre Eröffnungen. Ich bitte Sie noch nachträglich um Vergebung für das, was Sie durch mich litten. Wenn wir jetzt wieder auseinandergehen, wollen Sie mir versprechen, meiner nicht zürnend zu gedenken?“

„Ich grüßte Ihnen nie so sehr wie mir selber“, versicherte Jenni Verdinghoven. „Ihr Männer dürft stürmen, wir müssen die Kraft zum Widerstande aufbringen, und bringen wir sie nicht auf, um so schlimmer für uns. Schuld und Tadel, alles bleibt an uns allein hängen. Wenn es zu Ihrer Beruhigung dienen kann, ich verzeihe Ihnen.“

Sie streckte die Hand aus und lächelte ihm zu mit einem Lächeln, in dem er Jenni Krause wieder erkannte. Wie war sie reizend gewesen! Sie war auch jetzt noch eine hübsche Frau, aber von der Straaten fand ihre jetzige äußere Form etwas zu häßlich. Kein Junke

Wiesbadener Nachrichten.

— Zur bevorstehenden erneuten Schulgelehrerhöhung. Man schreibt uns: Kurze Zeit bevor im vorigen Sommer die letzte Schulgelehrerhöhung beschlossen wurde, wurde an dieser Stelle („Wiesbadener Tagblatt“ Nr. 289 vom 24. Juni 1920) darauf hingewiesen, daß die damals geplante und bald darauf beschlossene Erhöhung für die hiesigen Schulen aller Voraussicht nach nicht die letzte Stufe auf diesem Aufstieg sein werde und daß man über kurz oder lang für die höheren Schulen mit einem jährlichen Schulgeld von 500 bis 600 M. pro Kind rechnen müsse. Diese Voraussage soll nun bereits in allerhöchster Zeit zur Tatfache werden, indem schon am 1. April 1921 für die höheren Schulen eine Schulgelehrerhöhung auf 600 M. für die Mittelschulen auf 180 M. in Aussicht genommen ist. Es bedeutet dies eine neue Steigerung von 66 bis 100 Prozent gegenüber den Sätzen des letzten Schuljahres. Es erscheint notwendig, die in Betracht kommenden Stellen erneut darauf hinzuweisen, welche Verantwortung sie auf sich nehmen, wenn sie einen Beschluß herbeiführen, der das schon jetzt im Vergleich zum Frieden ganz ungewöhnlich gesteigerte Schulgeld für die höheren und Mittelschulen noch weiter hinaufhebt. Wo bleibt das so oft und mit so großer Empörung vorgebrachte Wort: „Freie Bahn für den Lärm“, wenn der Beschluß einer höheren Schule, die Vorgehensweise zum Aufstieg, zu einem ausschließlichen Privileg für Heide gestempelt wird? Arbeiter, Mittelstand, Privatangehörige, ihre Verufe können, besonders wenn sie mehrere Kinder haben, unmöglich auf die Taver diese Summen aufbringen. Gewiß, die Stadt braucht Geld, viel Geld. Kein halbwegs Einsichtiger wird dies bestreiten wollen. Das Schulgeld deutet bei weitem auch in der geplanten Höhe noch nicht die durch die Schule für die Stadt erwachsenden Ausgaben. Aber warum greift man denn nicht endlich zu dem so naheliegenden einzigen gerechten Mittel der Staflung des Schulgeldes je nach der Einkommenssteuer? Es ist nicht recht und billig, daß ein Familienvater, der über ein Jahres Einkommen von 100 000 M. und mehr verfügt, mehr zu den der Stadt erwachsenden Unkosten für die Schulhaltung beiträgt als ein Familienvater, der über ein Jahres Einkommen von 20 000 M. oder weniger verfügt? Warum zieht man nicht kinderlose Ehepaare zu einer „Schulsteuer“ heran? Sie waren die ganzen Erziehungskosten; warum können sie also nicht zugunsten der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden? Heute, wo es um das große Ganze, um das deutsche Volk geht, muß der eine für den anderen, der wirtschaftlich Stärkere für den wirtschaftlich Schwächeren eintreten. Warum greift man auch nicht einmal zur Junggelehrtensteuer, die wahrlich lange genug schon genannt, aber nicht zur Tatfache gemacht worden ist? Es gibt noch andere Auswege; hier seien nur die am nächsten liegenden genannt. Neben der Staflung des Schulgeldes je nach der Einkommenssteuer muß aber auch noch unter allen Umständen eine Berücksichtigung derjenigen Steuerzahler gefordert werden, die zwei, drei, vier und mehr Kinder in höhere Schulen oder Mittelschulen schicken. Für diese war bisher eine gewisse Ermäßigung des Schulgeldes vom zweiten Kind an vorgesehen, wenn das Jahres Einkommen weniger als 8000 M. betrug. Wie man authentisch hört, soll diese „große“ Vergünstigung auch weiterhin gewährt werden. Difficile est satiram non scribere! Es ist schwer, dabei ernst zu bleiben! — Wo ist heute der Familienvater mit zwei, drei, vier und mehr Kindern, der bei einem Einkommen von weniger als 8000 M. noch Kinder in höhere Schulen schickt? Er wäre kaum seinen Kindern länger verheiratet, ehe diese das schulpflichtige Alter erreicht haben. Man möge doch, wenn man schon den einen Teil einer gesetzlichen Bestimmung den Zeitverhältnissen anpaßt, auch den anderen Teil entsprechend abändern. Wenn früher ein Einkommen von weniger als 8000 Mark für eine größere Familie als Grenze für die Schulgeldermäßigung angesehen wurde, so entspricht dem heute, geringere, ein Einkommen von 40 bis 50 000 M. Wenn man schon zu derartigen Gewaltmitteln greifen zu müssen glaubt, wie es die obengenannte Erhöhung des Schulgeldes ist, dann sollte man zum wenigsten konsequent sein.

— Schwurgericht. Am 4. April nimmt die nächste Tagung des Schwurgerichts ihren Anfang. Die Absicht, die Minderungsanträge zu fördern, daß sie schon im Verlauf dieser Tagung zur Aburteilung gelangen kann, scheint nicht zur Ausführung gebracht werden können, zumal zwei in die Angelegenheit verwickelte Frauen noch nicht haben dingfest gemacht werden können. Im übrigen steht für die Tagung bereits ein sehr großer Verhandlungsstoff vor, so daß mit einer mindestens achtstägigen Dauer wird gerechnet werden müssen.

— Lutherfeier durch die Schüler. Luther stand am 18. April 1521 vor dem Reichstag zu Worms. Die 400. Wiederkehr dieses Tages soll gefeiert und den evangelischen Schülern und Schülerinnen der höheren und mittleren Schulen sowie der Volksschulen Gelegenheit gegeben werden, an einem Festgottesdienst teilzunehmen, der für die Schüler

war in der Wäse zurückgeblieben. Jenni fühlte das nur zu gut.

Er hingegen war noch immer so schlant, sah noch ganz so vornehm aus wie ehedem, und er hatte sich auch noch einen großen Rest von Jugendlichkeit bewahrt. Noch immer konnte er ganz gut die Rolle eines Romanhelden spielen, fand sie, sie aber nicht mehr die einer Romanheldin. Das sah sie mit ihrer scharfen Selbstkenntnis ein.

Wenn sie sich ehedem ein Wiedersehen mit dem Jugendgeliebten auszumalen pflegte, dann geschah es, um sich ihn aufs neue von ihr bezaubert zu denken. Allein das Zusammentreffen hatte sich eben um einige Jahre zuviel verspätet. Jetzt ging es nicht mehr.

Der Regen ließ nach. Es tropfte zwar noch von allen Seiten, aber Erich von der Straaten hatte es trotzdem eilig, die Waldhütte zu verlassen. Mit förmlicher Verbeugung neigte er sich über Jennis Hand, murmelte undeutliche Worte, die sie als einen frommen Wunsch für ihr Wohlergehen auffassen konnte, und ging dann eilig von dannen.

Jenni blühte mit einem Seufzer hinter ihm drein. „Schmüthiger Aristokrat!“ grüßte es in ihr.

Diese Auseinandersetzung hatte durchaus nicht alle Dissonanzen aufgelöst, aber das war wohl auch unmöglich. Ihr war doch schon leichter, weil sie die Last ihres Geheimnisses nicht mehr allein trug.

19. Kapitel.

Auf die heißen Hochsommertage folgte Sturm. Wieder einmal mußte aller bewegliche Ausrüstung an Hütten und Strandkörben über die Düne hinauf und in sicheren Gewahrsam gebracht werden, denn die Wellen glitten gefräßigen Tieren, die sich mit geifernden Riefen auf heulend an den Strand stürzten, um alles zu verschlingen, auf was sie trafen. Das Meer sang nicht mehr seine einschlafende Melodie, es braulte und donnerte. Verschunden waren alle hellen und freundlichen Farben. Bleiernes Grau herrschte am Himmel und auf dem Meere vor, nur unterbrochen vom Weiß der Schaumköpfe.

(Fortsetzung folgt.)

Das Marienkind.

Roman von H. Noth.

„Es ist sehr leicht, mir jetzt Vorwürfe zu machen.“ „Ich mache Ihnen keine, im Gegenteil, ich fühle mich in Ihrer Schuld“, murmelte van der Straaten.

Allein die elegante Frau mit den runden, engeingelappten Formen sah nicht so opferwillig aus, daß sie starke Zerknirschung in ihm wecken konnte. Sie hatte es ja so wunderbar verstanden, heil durch den Wirbel zu kommen, der andere hinabreißt.

Was das unglückliche Kind betraf, so war es ja eben keineswegs unglücklich. Er erinnerte sich nicht, dieses Mädchen anders gesehen zu haben als strahlend im glücklichen Besitz seiner jugendlichen Persönlichkeit. Vom Erbe der Blessingtons und der van der Straaten hatte sie das Beste abbekommen, die persönlichen Gaben. Was machte es da aus, daß sie nicht auch den Rang und den Reichtum abgekrigt hatte? Jedenfalls befand sie sich am besten dort, wo sie war, und sie ungehörig an ihrem jetzigen Platte im Leben zu lassen, bis sich die Veränderung von selbst ergab, war nicht nur für ihn das bequemste, es war auch unstreitig das einzige, was man tun konnte.

Vermutlich hatte Jenni sehr wohl geahnt, daß der Graf es ablehnen werde, auf den Plan zu treten, und wenn sie sich dennoch nicht abhalten ließ, sich ihm zu entdecken, so war zum Teile wohl die zufällige Gelegenheit daran schuld. Sie hätte ihn nicht aufgesucht, aber er trat zu ihr in die Waldhütte. Es reizte sie, daß er sie nicht erkannte, daß sie eine so bedeutungslose und rasch vergessene Episode in seinem Leben war, während sie noch an der alten Last schleppte. Diese einzige Gelegenheit, ihm sein Verschulden zu offenbaren, riß sie hin. Er sollte nicht ohne Erkennen und ohne Aussprache wieder aus ihrem Dasein verschwinden.

Einen Augenblick hatte sie sich ja wirklich vorgejähelt, wie schön es wäre, wenn Marie durch Adoption

E. Grether Söhne
Feinkosthandlung und Stadtküche
Neugasse 24 : Fernsprecher 148.

In unserer großen Spezialabteilung für

Teppiche, Gardinen Dekorationen

bieten wir ganz außergewöhnliche Vorteile:

Halb-Stores	In reicher Auswahl von über 500 Stück für jeden Geschmack	1500.— bis	49 ⁰⁰ .
Künstler-Garnituren	2 Shawls, 1 Querbehang in viels. Ausführung	175.— bis	29 ⁰⁰ .
Madras-Garnituren	2 Shawls, 1 Querbehang, neueste Geschmacksricht.	685.— bis	175 ⁰⁰ .
Spann-Stoffe	nach modernsten Entwürfen in großer Vielseitigkeit, 150 cm br. . .	58.— bis	19 ⁵⁰ .
Scheiben-Gardinen	In unübertroffener Auswahl	Meier 24.— bis	8 ⁵⁰ .
Galerie-Borden	In reichhaltiger Geschmacksrichtung	Meier 18.—	3 ⁵⁰ .
Tisch-Decken	Künstler-Muster, 130x165	32.50	24 ⁵⁰ .
		130x130	

**Teppiche, Möbelstoffe,
Vorlagen, Läufersstoffe,
Tischdecken, Chaiselonguedecken**

:: in enormer Vielseitigkeit, außerordentlich preiswert. ::

K3

Frank & Marx

Heute abend, 7½ Uhr, Kasino:
Violin-Abend K32
Andreas Weißgerber

W. HINNENBERG
10 LANGGASSE 10
INSTALLATIONSGESCHÄFT
FÜR ELEKTROTECHNIK
ANFERTIGUNG VON LICHT-
KRAFT- u. SIGNALANLAGEN
Telephon: 6157/6158

Hansa- Hotel

Ecke Rhein- u. Nikolastraße.
Telephon 5852.
Besitzer: F. Lederbogen.

Heute
Ghlahachtfest

Walhalla-Restaurant
jeden Tag, ab 7 Uhr:
2 Kapellen!
Tiroler Damen-Kapelle
und Jazzband.
Eintritt frei! Eintritt frei!

Hotel „Kaiserhof“
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Fünf-Uhr-Tee
Täglich Diner-Konzert der Hauskapelle.

Walhalla
!! Lotte Neumann !!

Johannes Riemann
Die drei Tanten
Ein sonnig heiteres Film-Lustspiel in 4 Akten.
Hans Kierandorf :: Herrmann Valentin
Herztrumpf
Schauspiel in 5 Akten.
Meister-Regie: E. A. Dupont.

Thalia-Theater
Kirchgasse 72. —:— Telephon 6137.
Nur 3 Tage!
Harry Piel
in dem gaktigen Abenteuer-Drama
Die Luftpiraten.
Hoheit auf der Walze.
Carlchen-Lustspiel in 4 Akten mit
Carl Victor Plagge.
Spielzeit: 3 bis 10½ Uhr.

Apollo-Wiesbaden
Tagl. v. 6—11, Sonntags v. 2½—11 Uhr Vorstell.
Vom 4. bis 10. März 1921.
Tschetschenzen-Rache.
Großes Abenteuer-Filmschauspiel in 5 Akten
aus dem Kaukasus.
In der Hauptrolle: **Willy Kayser** : Rita Clormont
und ein
Lustiges Belpogramm.

Kinephon
Lyda Salmonova
als Solotänzerin des künstlerischen
Ballets in
Urlaub vom Tode
(Malaria). Drama in 5 Akten.
Er oder Er.
Entzückendes Lustspiel mit Gerhard
Dammann.
Erschlagene Künstlerkapelle.

Stedzwiebeln
Heine runde gelbe. Rilo
5. 22. abt. Karl Sommer-
mann tun. Bessertal.

U.T.
Gesprengte Ketten.
III. Teil
**Der Held und
der Bandit.**
6 Akte.

Monopol
Zwei spannende
Erst-Aufführung!
**Die Geschwister
Morelli.**
Variété-Drama in
5 Akten.
Geistertanz.
Detektiv-Drama
in 4 Akten.
:: Künstler-Musik ::
Anfang 4 Uhr.

Rhenania
Schwaibacher Str. 7.
**„Comboy-
Gentlemen“.**
Großer Wild-West-
Schlager.
In der Hauptrolle:
Tom-Mix
sowie das lustige
Belpogramm.

**Kammer-
:: Lichtspiele**
Mauritiusstr. 12. T. 9137
Aschermittwoch
Ein Spiel von Kabale
und Lobs in 5 Akten
von Dr. Joh. Brandt.
In der Hauptrolle:
fiella Moja
Nachtbetrieb.
Lustspiel in 2 Akten m.
Rudi Oehler.

Urania
30 Bleichstr. 30
Auf vielseitigen
Wunsch!
**Die Benefiz-
Vorstellung
der vier Teufel**
Gutes Belpogramm.
Wochentags ab 4 Uhr.
Sonntags ab 3 Uhr.

ODEON
Stuart Webbs
in seinem neuesten
Abenteuer
Die weiße Rose.
Sensat. Enthüllungen
eines Detektivs.
Fürstenliebe.
Schauspiel in 5 Akte
mit Thea Sanden
und Jana Szyling vom
Dramatischen Theater
Warschau.

Theater
Staats-Theater.
Mittwoch, 9. März.
2. Vorstellung Abonnenten R.
Hamlet.
Tragödie in 5 Akten (14 Bildern)
von Shakespeare.
Aönia Claudius . . . M. Zella
Hamlet . . . Otto Hofmann
Polonius . . . Hans Andriano
Horatio . . . Paul Wegner
Gertrude . . . A. E. Hoff
Rosencrantz . . . Bernh. Hermann
Guildenstern . . . Rud. Hoff
Ophelia . . . M. Zella
Marcellus . . . Felix Weller
Bernardo . . . Hans Bernhödt
Reynold . . . Walter Krenn
Der Geist . . . Hans Krenn
Fortinbras . . . Hans Krenn
Gertrude, Hamlet, Polonius,
Ophelia . . . Emma Sonnenmann
Ein Brief . . . Hans Krenn
1. Totengräber . . . G. Lehmann
2. Totengräber . . . Hans Krenn
1. Schauspieler . . . Dr. V. Berthold
2. Schauspieler . . . M. Andriano
3. Schauspieler . . . G. Lehmann
Anfang 6. Ende etwa 10 Uhr.

Residenz-Theater
Mittwoch, 9. März.
Alt-Wien.
Operette in 3 Akten. Lust nach
Motiven von Josef Donner.
In den Hauptrollen sind be-
schäftigt die Damen: Maria
Balt. Emma Weller, Tina
Egobold. Die Herren: Eduard
Balt. Jacques Müller, Carl
Eichert-Gard. J. W. Weller,
Joh. Ludwig, Josef Wildt.
Anfang 7. Ende gegen 11 Uhr.

Kirchen-Konzerte
Mittwoch, 9. März.
Abonnements-Konzerte.
Katholisches Kirchenorchester.
Leitung: Konstantin W. Wolf.
Nachmittags 4 bis 5.30 Uhr
1. Ouvertüre zur Oper „Der
schwarze Domino“ von D.
F. Auden.
2. Gebet aus der Oper „Der
Freischütz“ von v. Weber.
3. Ballettmusik aus „Stradella“
von F. v. Flotow.
4. Immer oder nimmer, Walzer
von E. Waldteufel.
5. Ouvertüre zu „Waldteufelers
Bräutigam“ von Gernheim.
6. Serenade in F-dur von R.
Volkmann.
7. Fantasia aus „Der Wild-
schütz“ von A. Lortzing.
Abends 8 bis 9.30 Uhr.
1. Ouvertüre zur Oper „Ray-
mond“ von A. Thomas.
2. Märgen aus „Boadilla“
von M. Moszkowski.
3. Air von J. S. Bach.
4. Groß-Wien, Walzer von
Joh. Strauß.
5. Ouvertüre zu „Preisles“
von C. M. v. Weber.
6. Färlion von A. Stock.
7. Fantasia aus „Rigoletto“
von G. Verdi.
8. Einzugsmarsch von Jochke.
Punklich 9 Uhr im Kleinen Saal:
Einmaliger
Heiterer Abend
Heinz Steinberg.
Morgenstern — Reimann —
Weskiind — Eulinger —
Kosger — Ewald — Thoma
— Rector — Egon etc.